Allgemeine Vertragsbedingungen der Rödl & Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

1. GELTUNGSBEREICH

Diese allgemeinen Vertragsbedingungen gelten für sämtliche Leistungen der Rödl & Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (Rödl & Partner). Sie ergänzen und konkretisieren die diesem Vertrag ebenfalls angefügten und gesondert ausgefertigten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2024 (IDW Verlag) und sind diesen gegenüber vorrangig anzuwenden, sofern nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

2. HAFTUNGSBESCHRÄNKUNG FÜR BERUFVSVERSEHEN

- a. Für die Haftung von Rödl & Partner für etwaige Berufsversehen aus dem Mandatsverhältnis gelten die Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2024 (IDW Verlag).
- b. Bei gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen kommt die Haftungsregelung des § 323 Abs. 2 HGB mit einer Begrenzung der Haftung auf 1,5 Mio. EUR bzw. 4 Mio. EUR bzw. 16 Mio. EUR zur Anwendung.
- c. Für Leistungen, die nicht Bestandteil gesetzlicher Prüfungen sind, gilt § 9 Abs. 2 und 5 der Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2024 (IDW Verlag) mit einer Begrenzung der Haftung auf 4 Mio. EUR im Einzelnen fahrlässig verursachten Schadensfall, auf maximal 5 Mio. EUR bei rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang verschiedener Angelegenheiten.
- d. Diese Haftungsbeschränkung gilt nicht für Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit.
- e. Sollte dieser Vertrag ausnahmsweise Schutzwirkung für Dritte entfalten, gilt diese Haftungsbeschränkung auch gegenüber diesen.

3. MEHRHEIT VON AUFTRAGGEBERN

Handlungen, die sich auf das Beratungsverhältnis beziehen und welche einer von mehreren Auftraggebern vornimmt oder welche gegenüber einem von mehreren Auftraggebern vorgenommen werden, wirken für und gegen alle Auftraggeber. Für die Vergütung von Rödl & Partner haften mehrere Auftraggeber als Gesamtschuldner.

4. MITWIRKUNGSPFLICHTEN DES AUFTRAGGEBERS

Der Auftraggeber hat dafür Sorge zu tragen, dass Rödl & Partner alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen rechtzeitig vorgelegt werden und Rödl & Partner von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können.

Der Auftraggeber ist verpflichtet, Rödl & Partner über von ihm abgegebene Mitteilungen und deren Inhalt nach §§ 138d ff. AO (Mitteilungspflicht für grenzüberschreitende Steuergestaltungen) oder vergleichbaren Mitteilungspflichten im EU-Ausland zu informieren. Dies gilt entsprechend, wenn er Kenntnis davon erlangt, dass andere Intermediäre Mitteilungen nach §§ 138d ff. AO oder vergleichbaren Mitteilungspflichten im EU-Ausland abgegeben haben, die ihn als Nutzer, Beteiligten oder verbundenes Unternehmen ausweisen oder betreffen. Registrier- und Offenlegungsnummern oder vergleichbare Identifikationsnummern aus dem EU-Ausland, die der Auftraggeber in diesem Zusammenhang erhält, wird er unverzüglich an Rödl & Partner weiterleiten.

5. ALLGEMEINER LEISTUNGSUMFANG

Soweit nichts anderes bestimmt ist, hat Rödl & Partner nur deutsches Recht zu prüfen und der Auftragsdurchführung zugrunde zu legen.

Rödl & Partner ist zur Einlegung von Rechtsmitteln und Rechtsbehelfen nur dann verpflichtet, wenn vom Auftraggeber ein

darauf gerichteter schriftlichen Auftrag erteilt und dieser von Rödl & Partner angenommen wurde.

6. DATENAUSTAUSCH UND KOMMUNIKATION

- a. Rödl & Partner bietet für Zwecke des elektronischen Datenaustauschs unterschiedliche Verfahren für eine verschlüsselte Kommunikation an. Jede Vertragspartei ist berechtigt, die E-Mail-Kommunikation zu verschlüsseln oder eine Verschlüsselung oder andere Lösungen zum sicheren Datenaustausch zu verlangen. Soweit der Auftraggeber Informationen per E-Mail in unverschlüsselter Form an Rödl & Partner übermittelt bzw. unverschlüsselt mit Rödl & Partner kommuniziert, weist Rödl & Partner auf das Risiko hin, dass diese Nachricht von einem unbefugten Dritten abgefangen und ihr Inhalt offengelegt wird.
- b. Rödl & Partner und alle dort sowie in der Rödl & Partner-Gruppe eingesetzten Projektleiter, Berater und sonstigen Mitarbeiter sind verpflichtet, über alle Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse des Auftraggebers Stillschweigen, auch über die Beendigung des Beratungsvertrags hinaus, zu bewahren. Soweit dies für die ordnungsgemäße Bearbeitung des Mandats erforderlich ist, findet unter den Partnern, Projektleitern, Beratern und sonstigen Mitarbeitern von Rödl & Partner und der Rödl & Partner-Gruppe eine gruppenübergreifende Zusammenarbeit nebst Informationsaustausch statt, ungeachtet der jeweiligen Zugehörigkeit zu den verschiedenen Sparten (Wirtschaftsprüfer, Steuerberater oder sonstige Berater) und Gesellschaften.
- c. Weist der jeweilige Auftrag an Rödl & Partner eine internationale Komponente auf, werden auch Mitarbeiter der Rödl & Partner-Gruppe aus den entsprechenden Nationen in die Datenverarbeitung einbezogen, soweit dies für die ordnungsgemäße Bearbeitung des Mandats erforderlich ist.

7. VERHÄLTNIS ZU DRITTEN

- a. Der Auftraggeber gewährleistet, dass die im Rahmen dieses Auftrags gefertigten Gutachten, Pläne, Entwürfe, Aufstellungen und Berechnungen nur intern und für die Zwecke dieses Auftrags verwendet werden.
- b. Jedwede Rechtsauskünfte und Gutachten sind nur für den Auftraggeber bestimmt und dürfen nur mit ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung des Auftragnehmers an Dritte weitergegeben werden, sofern nicht die Weitergabe aufgrund gesetzlicher Vorschriften oder der vollziehbaren Entscheidung eines Gerichts oder einer Behörde erforderlich ist. Dies gilt insbesondere für die Weitergabe an Finanzbehörden und andere Intermediäre zur Erfüllung von Mitteilungspflichten nach §§ 138d ff. AO oder vergleichbarer Regelungen im EU-Ausland.

8. HÖHERE GEWALT

- a. Die Vertragspartner haften einander nicht für die Verletzung vertraglicher Pflichten, soweit deren Verletzung auf höherer Gewalt beruht. Unter „höherer Gewalt“ sind insbesondere Kriege, Bürgerkriege, Katastrophen, Terrorakte, Epidemien, Pandemien, Quarantäneanordnungen, sowie Regierungsmaßnahmen, die außerhalb des Verantwortungsbereichs der Vertragspartner sind, zu verstehen.
- b. Höhere Gewalt liegt ferner vor, wenn einer der Vertragspartner an der Erfüllung seiner vertraglichen Pflichten durch den Eintritt von unvorhersehbaren, außergewöhnlichen Umständen gehindert wird, die der betroffene Vertragspartner trotz zumutbarer Sorgfalt nicht abwenden kann, z.B. technische Probleme des Internets, behördliche Eingriffe, Energieversorgungsschwierigkeiten, Streik oder Aussperrung sei es, dass diese Umstände im Bereich des jeweils betroffenen Vertragspartners, sei es, dass sie im Bereich der Lieferanten des jeweils betroffenen Vertragspartners eintreten.
- c. Der betroffene Vertragspartner wird unverzüglich nach Eintritt des Ereignisses höherer Gewalt den anderen Vertragspartner schriftlich über das Ereignis, den Zeitpunkt des Eintritts sowie die voraussichtlichen Auswirkungen auf seine Fähigkeit, seine vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen, informieren.
- d. Solange ein Ereignis höherer Gewalt andauert, ist der zur Leistungserbringung verpflichtete Vertragspartner von seiner Verpflichtung befreit, vorausgesetzt, er hat sämtliche zumutbaren Maßnahmen zur Wiederaufnahme der Leistungserbringung ergriffen und den anderen Vertragspartner über die Umstände, die der Fortdauer des Leistungshindernisses zugrunde liegen, fortlaufend informiert. Ist die Wiederaufnahme der Leistung mit unzumutbaren Kosten für den zur Leistungserbringung

verpflichteten Vertragspartner verbunden, werden die Vertragspartner vor der Wiederaufnahme der Leistung eine Vereinbarung über die Tragung dieser Kosten treffen. Dauert die Unterbrechung länger als zwei Wochen an, so hat der Vertragspartner, der sich gegenüber dem anderen Vertragspartner auf höhere Gewalt beruft, ein außerordentliches Kündigungsrecht des betroffenen Einzelvertrages oder des gesamten Vertragsverhältnisses.

- e. Im Falle höherer Gewalt verlängern sich vertraglich vereinbarte Fristen entsprechend.
- f. Die gesetzlichen Vorschriften bleiben hiervon unberührt.

9. BESTEUERUNG, QUELLENSTEUER

- a. Die Vertragspartner gehen davon aus, dass der Ansässigkeitsstaat des Leistungsempfängers auf die Zahlung der Vergütung keine Abzugssteuern erhebt. Sollte der Sitzstaat des Leistungsempfängers wider Erwarten einen Anspruch auf Quellensteuer erheben, so verpflichtet sich der Leistende, die Steuern zu übernehmen, soweit der Leistungsempfänger diese Steuer nicht auf seine Ertragsteuern anrechnen und auch keine Erstattung beantragen kann.
- b. Soweit möglich, werden die Vertragspartner Rechtsmittel einlegen. Der Leistende wird dem Leistungsempfänger jegliche Unterstützung bei der Darlegung und dem Nachweis der Leistungsbeziehung gewähren.
- c. Etwaige zusätzliche Steuern aufgrund von bei Leistungsempfängern anwendbaren Doppelbesteuerungsabkommen insbesondere bzgl. Lizenzgebühren für technische Dienstleistungen sind vom jeweiligen Leistungsempfänger zu tragen.
- d. Die Zahlungen nach diesem Vertrag sind zuzüglich etwaiger Umsatzsteuer zu leisten. Soweit es zwischen dem Ansässigkeitsstaat des Leistenden und dem Ansässigkeitsstaat des Leistungsempfängers zulässig ist, die Zahlungen ohne Umsatzsteuer in Rechnung zu stellen, können die Vertragspartner von dieser Möglichkeit Gebrauch machen.

10. KÜNDIGUNG

Soweit dem Auftrag eine Vergütung zu Stunden- oder Tagessätzen zugrunde gelegt wurde, kann der Vertrag von beiden Seiten jederzeit gekündigt werden. Dies gilt nicht bei Pflichtprüfungen und sonstigen gesetzlichen Prüfungen durch Wirtschaftsprüfer. Im Falle einer Kündigung werden die bis dahin geleisteten Stunden und Auslagen abgerechnet.

Wenn eine Vergütung mit monatlicher Pauschalvergütung vereinbart wurde, kann der Auftrag mit einer Frist von sechs Wochen zu einem Monatsende gekündigt werden.

11. VERJÄHRUNG

Die Ansprüche des Auftraggebers auf Schadensersatz aus dem diesen Auftragsbedingungen zugrunde liegenden Rechtsverhältnis unterliegen der regelmäßigen Verjährung von 3 Jahren (§ 195 BGB). Die Frist beginnt mit dem Schluss des Jahres, in dem

1. der Anspruch entstanden ist und
2. der Auftraggeber von den den Anspruch begründenden Umständen und der Person des Schuldners Kenntnis erlangt oder ohne grobe Fahrlässigkeit erlangt haben müsste.

Mit Ausnahme derjenigen wegen Vorsatzes verjähren die Ansprüche ohne Rücksicht auf die Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis von den den Anspruch begründenden Umständen und der Person des Schuldners in 5 Jahren von ihrer Entstehung an und ohne Rücksicht auf ihre Entstehung und die Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis in 7 Jahren von der Begehung der Handlung an. Maßgeblich ist die früher endende Frist.

12. ERFÜLLUNGSORT

Im Sinne von § 269 BGB und § 29 Abs. 1 ZPO ist der Sitz der im Rubrum des Beratungsvertrags genannten Kanzlei oder Niederlassung von Rödl & Partner Erfüllungsort und Leistungsort.

13. BESCHWERDEMANAGEMENT

Für Verbesserungen, Anregungen oder Beschwerden zur Beratungsleistung, zu Arbeitsergebnissen, Mitarbeitern oder dem

Unternehmen selbst kann sich der Auftraggeber an Rödl & Partner, Bereich Qualität und Organisation, Äußere Sulzbacher Straße 100, 90491 Nürnberg schriftlich oder per E-Mail an anregungen.beschwerden@roedl.de wenden.

14. HINWEISPFLICHT NACH § 36 VSBG

Die Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwälte, Steuerberater und Consultants sind weder gesetzlich verpflichtet noch bereit, an einem Streitbelegungsverfahren vor einer Verbraucherstreitbelegungsstelle teilzunehmen.

Rödl & Partner ist es gewohnt, im – ohnehin unwahrscheinlichen – Fall unterschiedlicher Auffassungen im Mandat, ohne Umwege auf der bewährten Vertrauensbasis zu einem Konsens zu kommen.